

Das Hotel Bahnhof verwandelt sich

Seit März ist das Hotel Bahnhof in Düringen eine Grossbaustelle. Es wird fit gemacht für den Einzug des Sozialdiensts Sense-Unterland nächsten Frühling. Langsam wird sichtbar, wie es im Innern des geschützten Gebäudes in Zukunft aussehen wird.

Nadja Sutter

DÜRINGEN Aus den Wänden ragen farbige Plastikrohre, Staub hängt in der Luft, und es ist laut: Das Bohren und Hämmern und die Zurufe der Arbeiter hallen durchs Hotel Bahnhof in Düringen. Die Umbauarbeiten sind in vollem Gang. «Wir haben einen sportlichen Zeitplan», sagt Emmanuel Hofstetter, Liegenschaftsverwalter der Gemeinde Düringen, die Eigentümerin der Liegenschaft ist.

Einige der Arbeiter sind damit beschäftigt, eine Isolierschicht auf die Böden zu legen. «Als nächstes kommt die Bodenheizung rein, dann folgen die Unterböden. Auf diese kommt am Schluss dann der Teppich oder das Parkett», so Hofstetter. Die farbigen Plastikrohre, die aus den Wänden ragen, sind für die Elektroanschlüsse. «Rund drei Viertel der Installationen, also Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Elektroinstallationen, sind schon bereit», erklärt Hofstetter. Im ersten, zweiten und dritten Stock warten die Spülkästen auf die WC-Schüsseln. Auch die neuen Fenster sind bereits drin. Sie isolieren besser als die alten. «Wir streben den Minergie-Standard an, werden diesen aber nicht ganz umsetzen können, weil das Gebäude geschützt ist», so Hofstetter.

Neue Mieter

Das Hotel Bahnhof wird total saniert, weil es bald ganz neue Mieter erhält. Im zweiten und dritten Stock zieht der regionale Sozialdienst Sense-Unterland ein. Im dritten Stock werden die Gesundheitsligen des Kantons Freiburg ihre Büros haben. Im ersten Stock gibt es einen Saal und ein Sitzungszimmer, die die Vereine und Parteien Düringens nutzen können. Zwei Büros warten dort noch auf Mieter. Im Erdgeschoss wird es weiterhin ein Restaurant geben, das von Lyu Larry Tao und Yi



Noch ist das Hotel Bahnhof eine grosse Baustelle. Im April 2021 soll der Sozialdienst einziehen können.

Bilder Corinne Aeberhard



Ein Blick in den zukünftigen Restaurantbereich.



Im grossen Saal werden nächstes Jahr Anlässe stattfinden können.

ning betrieben werden wird, die vom Restaurant Sternen in Rechthalten nach Düringen wechseln. Im Erdgeschoss wird auch das benachbarte Praxiszentrum Räume mieten.

Nach dem Umbau ist das Hotel Bahnhof also kein Hotel mehr; die Hotelzimmer sind verschwunden. Wird es trotzdem noch so heissen? «Eventuell wird der Name 'Bahnhofbuffet' ver-

wendet», sagt Gemeinderätin Marianne Dietrich.

Der Umbau ist im März gestartet. Zunächst musste viel Material herausgenommen werden, zum Beispiel Böden

und Innenwände. Dabei gab es schöne Überraschungen: etwa die alte Fassade, die im neueren Anbau des Restaurants wieder zum Vorschein kam. Oder eine alte blaue Tapete in

einem Saal. Einige weniger schöne Überraschungen gab es aber auch: So mussten der Boden im Erdgeschoss neu betoniert und der Dachstock statisch verstärkt werden. Das führte zu Verzögerungen, ebenso der Lockdown im März. «Wegen des strengen Abstandhaltens kamen wir nicht so schnell voran wie geplant», so Hofstetter. Vorgesehen ist momentan, dass der Sozialdienst am 1. April 2021 einzieht. Ursprünglich geplant war der 1. Februar 2021.

Neue Farbe für die Fassade

Welche Farbe die Fassade des Gebäudes erhält, ist noch nicht entschieden. Derzeit sind rund um ein Fenster auf der Bahnhofsseite Farbmuster angebracht, die von Gelb bis Rosa variieren. «Ich fände etwas Grünliches schön, denn gelb sind schon viele Gebäude in der näheren Umgebung», sagt Gemeinderätin Marianne Dietrich und zeigt auf das gelbe Raiffeisenbank-Gebäude nebenan. Bei der Farbe hat aber auch der Denkmalschutz ein Wörtchen mitzureden.

Zahlen und Fakten

Kredit von 6 Millionen Franken

Das Hotel Bahnhof in Düringen gehört der Gemeinde. Der Düringer Generalrat stimmte im Oktober 2018 dafür, dass dort der Sozialdienst Sense-Unterland einzieht – nach längerem Hin und Her, unter anderem wegen des Mietzinses. Für die nötige Gesamtanierung genehmigte das Gemeindeparlament einen Kredit von 6,6 Millionen Franken. Die Arbeiten starteten letzten März und sollen im März 2021 abgeschlossen sein. 77 Firmen sind an den Arbeiten beteiligt. *nas*

Im Gemeinderat von Mont-Vully kommt es zu einem grossen Wechsel

Vier von neun Gemeinderäten von Mont-Vully treten im nächsten Jahr nicht zur Wiederwahl an. Darunter ist der langjährige Syndic Pierre-André Burnier.

Etelka Müller

MONT-VULLY Im Gemeinderat von Mont-Vully gibt es Änderungen: «Nach reiflicher Überlegung haben vier Gemeinderäte beschlossen, sich in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr der Wiederwahl zu stellen.» Dies schreibt die Gemeinde in einer Medienmitteilung. Einer der vier ist Syndic Pierre-André Burnier, der sich während knapp 20 Jahren in der Exekutive engagierte – zuerst in der Gemeinde Bas-Vully, später in der fusionierten Gemeinde Mont-Vully. Ebenfalls nicht mehr zur Wahl antreten werden laut Mitteilung Anne-Claude Javet, seit 2013 im Amt, Andrea Ney, seit 2016 in der

Exekutive, und David Noyer, der dem Gemeinderat seit 2011 angehört.

Abstimmung am Sonntag

Die Exekutive von Mont-Vully umfasst neun Sitze. Die vier Gemeinderäte, die nicht mehr antreten werden, geben ihren Entscheid kurz vor der Abstimmung vom Sonntag über die Einführung eines Generalrats in Mont-Vully bekannt. Darauf angesprochen, sagt Syndic Pierre-André Burnier: «Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.» Sie hätten sich schon länger Gedanken gemacht und entschieden, ihren Entschluss etwa 100 Tage vor Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahllisten am 25. Januar publik zu machen. Gleichzeitig erlaube es der Zeitpunkt der Bevölkerung aber, «zu wissen, in welcher Situation sich die Gemeinde befindet», sagt Pierre-André Burnier. Er selber habe sich zu dem Schritt entschieden, weil er privat und beruflich neue Projekte

in Angriff nehmen wolle. Er sei nun 58 Jahre alt, habe sich während knapp 20 Jahren für Mont-Vully engagiert, «und es ist nun Zeit, den Posten für neue Kräfte frei zu machen». Das Verhältnis untereinander im Gemeinderat sei gut, es gebe keine Konflikte, fügte der Syndic hinzu.

Argument der Gemeinde

Für Mont-Vully gilt es damit vier neue Kräfte für den Gemeinderat zu finden auf die neue Legislatur 2021. Falls sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am Sonntag für einen Generalrat aussprechen, kommen 50 Generalrätinnen und Generalräte hinzu. «Die Suche nach interessierten Personen ist in einem Zeitraum von nur drei Monaten schwierig», hatte der Gemeinderat in seinem Argumentarium gegen die Einführung eines Generalrats an die Bürgerinnen und Bürger geschrieben (siehe FN von gestern). Der Zeitplan sei zu eng.

Opposition gegen die Reform der Pensionskasse formiert sich

Im Hinblick auf die Abstimmung über die Reform der Pensionskasse des Staatspersonals hat sich ein Nein-Komitee formiert. Es hat seine Basis in Gewerkschaften.

Urs Haenni

GIVISIEZ Ein Nein bei der kantonalen Abstimmung über die Pensionskassenreform vom 29. November empfiehlt ein Komitee rund um den Verband des Personals des öffentlichen Dienstes (VPOD) Freiburg. An einer Medienkonferenz gestern in Givisiez hat der VPOD auch seine Mitstreiter vorgestellt: den Freiburger Gewerkschaftsbund mit Unia, Eisenbahnerverband und Syndicom. Dazu gesellten sich die Juso. Die gewerkschaftliche Front sei sich einig, sagte Gaétan Zurkinden, Regionalsekretär der VPOD. «Die Linke muss sich einig zeigen, denn die Reform ist ein bürgerliches Projekt.» Man

werde zu den linken Parteien gehen und sie zu überzeugen versuchen, ergänzte VPOD-Präsident Christian Luisier.

Das Nein-Komitee hat eine Broschüre veröffentlicht und eine Website zur Abstimmung aufgeschaltet. Auf dem Flyer schiesst Finanzdirektor Georges Goldel (CVP) in Tarnanzug, mit Patronengurt und Schrotflinte auf eine Schatztruhe mit der Aufschrift der Pensionskasse.

Doch die gewerkschaftliche Seite ist nicht so geeint, wie Zurkinden sie darstellt: Heute Mittwoch findet eine Medienkonferenz der Föderation der Staatsangestellten (Fede) zugunsten der Reform statt, an der sich auch die Lehrerschaft, Sozialpädagogen, die Verbände der Kriminalpolizei und der Strassenwärter anschliessen. Für Zurkinden gibt es eine Reihe von Gründen, die gegen das Reformprojekt sprechen. «Das Personal muss mehr arbeiten und wird weniger Rente erhalten», sagte er. Er erwähnte, dass rund 60 Prozent

des Staatspersonals mit 60 bis 62 Jahren in Pension gingen. Würde die Vorlage mit dem Pensionsalter 64 Jahre angenommen, bedeute das eine Verlängerung des Arbeitslebens um zwei bis vier Jahre.

Deshalb stellt Zurkinden auch die Prognose in Frage, wonach die Renteneinbussen maximal 9,5 Prozent betragen würden. «Wer mit 60 bis 62 Jahren in Pension gehen will, verliert 30 bis 40 Prozent», so Zurkinden. Auch bei einer Pensionierung mit 64 zeigten VPOD-Analysen Verluste bis 18 Prozent auf. «Wir haben keine Opfersymmetrie», so Zurkinden. «Der Staat leistet nur 20 Prozent, die Versicherten aber 80 Prozent.»

Dass bei einem Nein am 29. November die Renteneinbussen noch grösser würden, weil die Reform dann auferlegt würde, ist für Soldini nicht glaubhaft: «Der Bund kann sich nicht gegen einen demokratischen Volksentscheid stellen.»